

Umwelthilfe startet neue Klimaklage

Rechtsfragen sind äußerst komplex.

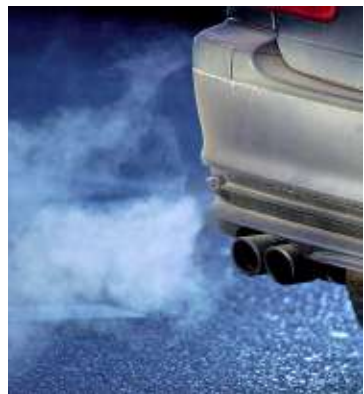
VON JACQUELINE MELCHER

KARLSRUHE/DPA. Den Kampf gegen den Klimawandel haben Umweltschützer in den vergangenen Jahren immer häufiger in den Gerichtssaal verlagert. Mit sogenannten Klimaklagen gehen Verbände und Privatpersonen gegen Politik und Wirtschaft vor, um die Einhaltung von Klimazielen juristisch durchzusetzen. Derzeit versucht die Deutsche Umwelthilfe (DUH), vor dem Bundesgerichtshof (BGH) ein solches Verfahren erfolgreich zu führen. Wie groß sind die Erfolgsaussichten? Und was unterscheidet die einzelnen Prozesse?

Oberstes Gericht legt vor

„In den letzten Jahren wurden Klimaklagen auf ganz unterschiedliche Weise erhoben“, sagt der Rechtsanwalt und Umweltrechtsexperte Martin Beckmann. Da gebe es etwa die berühmte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Verfassungsbeschwerden gegen das Klimaschutzgesetz des Bundes 2021. Das Gericht verpflichtete den Gesetzgeber damals, ausreichend Vorkehrungen zu treffen, um eine zukünftige Einschränkung von Freiheitsrechten durch den Klimawandel zu verhindern. Das Klimagesetz musste nachgebessert werden.

Dieser Beschluss sei auch Grundlage für viele zivil- oder



In der neuen Klage geht es um Klimaschäden durch Autos. FOTO: DPA

verwaltungsrechtliche Klimaklagen, erklärt Beckmann. So hat etwa das Bundesverwaltungsgericht im Januar entschieden, dass die Bundesregierung ihr Klimaschutzprogramm nachschärfen muss, weil die vorgesehenen Maßnahmen nicht ausreichen. Das Gericht bestätigte gleichzeitig, dass die DUH als Verband berechtigt war, eine Ergänzung des Programms einzuklagen.

Den BGH beschäftigt seit Montag eine andere Art der Klimaklage. Statt gegen den Gesetzgeber oder Behörden wenden sich drei Geschäftsführer der DUH diesmal gegen zwei Unternehmen: BMW und Mercedes-Benz. Es geht um die Frage, ob Großemittenten vor Zivilgerichten für klimaschädliches Verhalten zur Rechenschaft gezogen werden können. Die Kläger wollen, dass die Autobauer den Verbrenner-Verkauf 2030 einstellen müssen. Ein Urteil soll am 23. März fallen.

Weitgehendes Recht

Ein anderer Fall hatte 2025 am Oberlandesgericht Hamm Aufsehen erregt. Ein peruanischer Bauer war mit einer Klimaklage gegen den Energiekonzern RWE gescheitert. Er wollte Entschädigung für Maßnahmen, die nötig seien, um sein Eigentum vor Folgen des Klimawandels zu schützen. Auch wenn das Gericht die konkrete Bedrohung als zu gering einstufte, stellte es klar, dass auch ein Bauer aus Peru in Deutschland gegen große Emittenten klagen kann, sagt Beckmann.



Für die 500 Beschäftigten des insolventen Kunststoff- und Düngemittelherstellers Domo auf dem Chemiestandort Leuna gibt es eine neue Perspektive FOTO: SIELER

Hoffnung für Domo-Werk

Bislang sah es nach einer Abschaltung der wichtigen Chemiefabrik in Leuna aus. Nun wollen zwei regionale Unternehmen in die Bresche springen – aber nur als Plan B.

VON ROBERT BRIEST

LEUNA/MZ. Die Nachricht sorgte Ende 2025 für Aufregung am Chemiestandort Leuna (Saalekreis): Eine der wichtigsten dort ansässigen Firmen, der Kunststoff- und Düngemittelhersteller Domo, meldete Insolvenz an. 500 Arbeitsplätze sind seither allein dort direkt bedroht. Aktuell läuft der Betrieb auf Sparflamme weiter – und parallel dazu die Suche nach einem neuen Investor. Die brachte bisher noch keine konkreten Ergebnissen. Doch nun gibt es eine überraschende Wende. Lokale Akteure arbeiten an einem Plan B, sollte sich kein Investor finden.

Der Betreiber des Chemiestandortes, die Infraleuna, hat gemeinsam mit den Leuna-Harzen, einem Produzenten für Epoxidharze, die etwa im Windradbau zum Einsatz kommen, beim Insolvenzverwalter ein unverbindliches Angebot für die Übernahme hinterlegt. Das geht aus einem Mitarbeiterschreiben der Infraleuna hervor. Nach MZ-Informationen bestätigte Ende vergangener Woche auch die Gesellschafterversammlung des Betreibers den Kurs der Geschäftsleitung.

Land will Lösung bis April

Infraleuna wollte sich mit Verweis auf die laufende Investorensuche nicht zum überraschenden Angebot äußern. Im Mitarbeiterschreiben heißt es jedoch: Sollte der Insolvenzverwalter bis Ende März keinen anderen Investor finden, „stehen wir bereit, die Anlagen zu

übernehmen und den Weiterbetrieb zu organisieren.“ Die Infraleuna begründet das mit dem schweren Schaden, den eine dauerhafte Abschaltung der Anlagen der Domo für den Standort bedeuten würde. „Nicht nur bei Domo, sondern bei zahlreichen Dienstleistern (inklusive der Infraleuna) würden wertvolle Arbeitsplätze unwiederbringlich verloren gehen.“

„Es geht darum, Schaden vom Standort abzuwenden“, begründet auch Leuna-Harze-Chef Klaus Paur, zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Domo, die Bereitschaft zum Engagement seines Unternehmens. Er sei seit den 1990er Jahren am Chemiestandort Leuna aktiv. „Ich weiß, wie es damals hier aussah und was sich seitdem ent-



„Das ist
erfahrenes
Personal. Das
ist viel wert.

Klaus Paur
Geschäftsführer Leuna-Harze
FOTO: SIELER

wickelt hat. Ich will keinen Bruch riskieren.“ Deshalb nun der Vorstoß, zu dem Paur einschränkt: „Wenn jemand einen besseren Plan A oder auch C hat, dann stehen wir gern zurück.“ Sollte das Angebot jedoch zum Tragen kommen, würde die Infraleuna dabei in einer neuen Gesellschaft eher das Organisatorische beisteuern, sein Unternehmen mehr die finanzielle Unterstützung leisten. Vieles zur gemeinsamen Offerte ist noch im Konjunktiv. Paur erklärt auf Nachfrage aber, dass das Angebot nur für die Leunaer Domo-Anlagen gelte – nicht für die Domo-Gesellschaft in Brandenburg.

Nach MZ-Informationen gibt es aktuell noch weitere Übernahmeinteressenten. Allerdings drängt die Zeit. Ende März läuft das Insolvenzgeld für die 580 Domo-Beschäftigten (davon 500 in Leuna) aus. Zudem kündigte Sachsen-Anhalts Finanz- und Wirtschaftsminister Michael Richter (CDU) zuletzt an: Man bereite eine Abschaltung der Anlagen – die wohl ein endgültiges Aus der Domo in Leuna bedeuten würde – für Anfang April vor, sollte sich vorher kein Investor finden.

Das Land hatte nach der überraschenden Insolvenzanmeldung durch den belgischen Domo-Mutterkonzern an Weihnachten zu Jahresbeginn den Weiterbetrieb der Anlagen als Gefahrenabwehr angeordnet. Die Begründung: Das komplexe Herunterfahren wäre im Winter zu riskant. Die Kehrseite: Das Land muss dafür einen zweistelligen Millionenbetrag ausgeben.

Zuletzt standen über 30 Millionen Euro im Raum.

Eile hält Paur aber noch aus einem anderen Grund für geboten. Anders als die mit Spezialprodukten agierende Leuna-Harze produziere Domo eher Basischemikalien wie Polyamid. Die könnten Kunden auch bei anderen Anbietern erhalten. Deshalb brauche es für das insolvente Unternehmen einen schnellen Übergang, um die Bestandskunden zu halten.

Der Kleine will den Großen

Leuna-Harze selbst zählt bisher nicht dazu. Der Mittelständler ist gemessen am Personal nur etwa ein Drittel so groß wie die Domo. Dennoch gibt sich Paur optimistisch, dass sein Unternehmen die Übernahme stemmen könnte, ohne sich zu überheben. Er traut den Leuna-Harzen sogar zu, parallel noch den geplanten Ausbau der eigenen Epichlorhydrinanlage für die Herstellung von biobasierten Epoxidharzen auf Basis von Glycerin aus Küchenabfällen zu schultern. Kostenpunkt: 40 Millionen Euro im ersten, 60 Millionen Euro im zweiten Ausbauschnitt. Aktuell klemme es aber noch bei der Genehmigung, hieß es.

Zu möglichen Summen für die Domo ist derweil nichts bekannt. Paur macht den Beschäftigten aber Hoffnung, dass es im Falle einer Übernahme durch das Leunaer Duo nicht zu großen Bewegungen beim Personal komme. Natürlich evaluiere man, was tragbar sei, aber: „Das ist erfahrenes Personal. Das ist viel wert.“

In Kürze

Illegale Inhalte melden ist zu schwer

BERLIN/DPA. Große Online-Plattformen machen es Nutzern oft zu kompliziert, illegale Inhalte zu melden. Das zeigt eine Studie des Verbraucherzentrale Bundesverbands, bei der die Marktplätze Aliexpress, Amazon, Shein, Temu und Zalando sowie die sozialen Netzwerke Facebook, Instagram, Snapchat, TikTok und Youtube untersucht wurden. Die Verbraucherschützer störten sich daran, dass die Meldewege oft nicht nutzerfreundlich gestaltet waren. „Lange Klickpfade, unübersichtliche Auswahllisten und Doppelungen bei geforderten Angaben erschwerten die Meldungen“ hieß es. Teilweise seien Eingangsbestätigungen nicht angekommen. Die Bundeszentrale sah darin Verstöße gegen das EU-Digitalgesetz DSA.

Lenovo werkelt an Doppel-Laptop

BARCELONA/DPA. Der Computerhersteller Lenovo hat auf der am Montag gestarteten Mobilfunkmesse MWC einen Laptop mit doppeltem Monitor vorgestellt. Standardmäßig befindet sich der zweite Bildschirm auf der Rückseite des Frontmonitors – so können sich zwei Personen, die gegenüber sitzen, etwa ein Video oder Fotos ansehen. Das könnte in Verkaufssituationen helfen. Der zweite Bildschirm kann aber auch abgenommen werden. Lenovo hatte zuletzt mehrmals neue Laptop-Konzepte gezeigt, etwa mit einem umklappbaren oder einem transparenten Schirm. Die meisten Entwürfe gelangten jedoch nicht zu Marktreife.



Laptop mit zwei Screens FOTO: DPA

RWE-Chef zweifelt an Minireaktoren

ESSEN/BERLIN/DPA. Der Chef von Deutschlands größtem Stromerzeuger RWE, Markus Krebber, hält Investitionen in kleine Atomreaktoren (SMR) derzeit für wirtschaftlich nicht vertretbar. Nach derzeitigem Stand gebe es keinen einzigen Zulieferer weltweit, der eine Bauzeit zusagen und zu fest vereinbarten Kosten anbieten würde, erklärte er am Montag. „So ein Investitionsrisiko sind wir als privates Unternehmen nicht bereit zu übernehmen.“ SMRs seien definitiv nicht die Lösung für alle Probleme in der Energieerzeugung. Die EU-Kommission hat angekündigt, noch in diesem Jahr eine Strategie für den Einsatz von Kleinreaktoren zu veröffentlichen.

Homeoffice-Quote zeigt sich stabil

MÜNCHEN/AFP. Das Arbeiten aus dem Homeoffice hat sich laut einer Umfrage des Ifo-Instituts in Deutschland etabliert. Im Februar lag der Anteil bei 24,3 Prozent, wie die Ökonomen am Montag mitteilten. Damit lag der Anteil „stabil“ bei knapp 25 Prozent, hieß es. „Einzelne Firmen, die das Homeoffice stark einschränken, begründen noch keinen Trend“, erklärte Ifo-Forscher Jean-Victor Allipour. Hohe Homeoffice-Anteile haben demnach etwa IT-Dienstleister mit 76,4 Prozent. In der Baubranche liegen sie dagegen bei nur 4,5 Prozent.

Personallücke in Freien Berufen schrumpft

Bedarf an neuen Mitarbeitern sinkt deutlich – auch wegen Rechentricks.

VON J. WESTERMANN

BERLIN/NBR. Der bundesweite Fachkräftemangel macht nicht nur Unternehmen das Leben schwer. Auch in Bereichen, die von Selbstständigen geprägt sind, kostet er viel Geld. Bei den Freien Berufen zum Beispiel – Ärzte, Wirtschaftsprüfer und Architekten, aber auch freie Journalisten oder Yoga-Lehrerinnen zählen dazu – wurden im vergangenen Jahr 187.000 unbesetzte Stellen angeführt. Die deswegen nicht erbrachte Wirtschaftsleistung summierte sich zu

einem Wertschöpfungsverlust von 14,3 Milliarden Euro. Gleichzeitig zeigt eine Sonderauswertung der Konjunkturumfrage 2025 unter den Mitgliedern des Bundesverbands der Freien Berufe (BFB), dass der gemeldete Bedarf an Fachkräften zurückgeht. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Lücke demnach um fast ein Drittel geschrumpft. Was steckt dahinter?

„Der Rückgang der Fachkräfte-lücke hat mehrere Ursachen“, erklärte BFB-Präsident Stephan Hofmeister. „Offene Stellen konnten teilweise besetzt werden und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Freien Berufen ist zuletzt gestiegen – insbesondere bei den Fachkräften. Das zeigt: Rekrutierungsanstrengungen wirken“, meinte er. Die Zahl neuer Ausbildungsverträge sei um 4,6 Prozent gestiegen.

Viele Freiberufler hätten außerdem den Personalbedarf nach unten angepasst, wenn dieser dauerhaft nicht gedeckt werden könne, erläuterte Hofmeister. „Dieser Bedarf verschwindet aus der Statistik, bleibt aber real.“ Die Entwicklung sei keine grundlegende Entspannung, „sondern Ausdruck einer strukturellen Anpassung an einen dauerhaft angespannten Arbeitsmarkt“, betonte der Verbandschef.

187.000

STELLEN in Freien Berufen waren nach Branchenangaben 2025 unbesetzt. Das betraf etwa Ärzte, Architekten oder freie Journalisten.

2024 hatten die BFB-Mitglieder den Fachkräftemangel als größte Herausforderung genannt, noch vor bürokratischen Belastungen und Vertrauensverlust in die Verlässlichkeit politischer Entscheidungen. Auf Platz vier bis sechs rangierten steuerliche Belastungen, zu hohe Energiekosten und eine unzureichende Infrastruktur. Der aktuellen Befragung nach sind die rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden Freiberufler am stärksten vom Fachkräftemangel betroffen. Es folgen die freien Heil- sowie die technisch-naturwissenschaftlichen Berufe. Nur gering betroffen sind die Kulturberufe. Immerhin: Jeder Achte plant laut Konjunkturumfrage, in den kommenden zwei Jahren neues Personal einzustellen. 70 Prozent wollen ihren Personalbestand stabil halten.